

als 2 Jahre im Auslande wohnhaft gewesen Inländer bestimmt sind, die bei Verheirathung mit einer Inländerin wieder nach dem Inlande kommen (ein socialdemokratischer Antrag will hier die besondere Erlaubnis streichen.) Von der Zollfreiheit wiederum ausgeschlossen werden hier Nahrungs- und Genussmittel, umgearbeitete Gespinnte etc., sowie sonstige zur Verarbeitung bestimmte Erzeugnisse, Rohstoffe und auch Thiere. (Ein socialdemokratischer Antrag wünscht diesen Satz zu streichen.) Durch Anordnung des Reichskanzlers kann bestimmt werden, dass für Angehörige eines die Gegenseitigkeit nicht gewährenden Staates die vorsehenden Begünstigungen ganz oder theilweise fortfallen.

Zunächst wird nur die erste Bestimmung besprochen. Abg. Singer (Soc.) hält die Bestimmung der Vorlage für unhalbar und im Widerspruch damit, dass wir „im Zeichen des Verkehrs“ stehen. Die Bestimmungen müssen eine dauernde Quelle von Vexationen werden. — Unterstaatssecretär v. Fischer betont, dass es sich bei diesen Fällen nur um Zugute zu den Grenzgebieten handeln könne. Solche Vorkommnisse müssten aber mit Vorsicht geprüft werden; daher bitte er, den Antrag abzulehnen. — Abg. Freiherr von Wangenheim-Pyritz (cons.) bekämpft ebenfalls den Antrag, der zu den allergrössten Missbräuchen führen könne. — Der socialdemokratische Antrag wird abgelehnt, und der erste Satz der No. 4 nach der Vorlage angenommen. Bei der Erörterung über die nächsten beiden Sätze der No. 4 betont der Abg. Singer (Soc.), dass Hochzeitsgüter allgemein zollfrei bleiben müsse, während Abg. Graf Kanitz (cons.) beantragt, die Brautgeschenke herauszustreichen. Unterstaatssecretär v. Emscher (Reichsschatzamt) und Director Dr. v. Körner vom Auswärtigen Amte bekämpfen den socialdemokratischen Antrag. Abg. Dr. Spahn bittet, Brautgeschenke zollfrei zu lassen, während Abg. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz) besorgt, es möchte eine allgemeine Freilassung der Brautgeschenke zu Schwindelacten Veranlassung geben. Auch Abgeordneter Dr. Paasche (natl.) ist mit einer grundsätzlichen Zollfreiheit für Braut- und Hochzeitsgeschenke nicht einverstanden. Bei der Abstimmung werden alle Änderungen verworfen, die Bestimmungen der Vorlage angenommen.

Für den Schlussatz der No. 4 beantragen die Socialdemokraten: „Die „Anordnung des Reichskanzlers“ einzuschränken durch Aufnahme des Zusatzes: „mit Genehmigung des Reichstages“. Abg. Singer (Soc. Dem.) vertritt diesen Antrag mit der Begründung, dass es nöthig sei, die verbreitete Neigung zu Zollkriegen auf diese Weise etwas einzudämmen. Der Abg. Gamp (Rp.) tritt dem Antrage entgegen, während Abg. Brömel (frs. Vg.) Bedenken wegen der Blanco-Vollmacht von solcher Tragweite für den Reichskanzler geltend macht und sich deshalb für den Antrag ausspricht. Abg. Dr. Spahn (Ctr.) schlägt vermittelnd vor, durch Einfügung der Worte „und des Bundesrathes“ die Anordnung an die Uebereinstimmung von Reichskanzler und Bundesrath zu knüpfen.

Der socialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Schlussatz aber mit dem Antrage Spahn genehmigt.

No. 5 bestimmt die Zollfreiheit von „gebrauchten Sachen, die erweislich als Erbschaftsgut eingehen, auf besondere Erlaubnis“. — Abg. Stadthagen begründet einen Antrag seiner Partei auf Streichung dieser Bestimmung oder wenigstens auf Streichung der erforderlichen Erlaubnis. Er sehe nicht ein, weshalb Erbschaftsgut begünstigt werden solle.

No. 5 wird unter Ablehnung dieser Anträge unverändert angenommen.

No. 6 nennt als zollfrei „Gebrauchs- Gegenstände aller Art, auch neue, welche Reisende einschliesslich der Fuhrlcute, Schiffer und Schiffsmannschaften zu persönlichem Gebrauch oder für den Beruf auf der Reise mit sich führen, ferner vom Ausland zurückkommende gebrauchte Koffer etc. wenn kein Zweifel besteht, dass darin Gebrauchsgegenstände von Reisenden in das Ausland gebracht wurden.“ (Die Socialdemokraten beantragen, hier einfach zu sagen: „Wenn darin Gebrauchsgegenstände von Reisenden ins Ausland gebracht wurden.“) Abg. Freiherr von Wangenheim (Pyritz) beantragt die Zollfreiheit für neue Gebrauchsgegenstände zu streichen.

— Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags war Donnerstag Abends zusammengesetzt und trat in die Prüfung der Wahl des Abg. Prieze (natl. G. Trier-Saarbrücken) ein. Nach längerer Debatte wurde die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

— Die Geschäftsordnungs-Commission des Reichstags hat heute den dem Reichstags von gerichtlicher Seite unterbreiteten Antrag, die Genehmigung zur Vorladung des Abg. Conrad Haussmann (Disch. Volksp.) zu ertheilen, abgelehnt.

— Gestern Abend fand eine Besprechung von Zollcommissions-Mitgliedern, die der Vorlage freundlich gegenüberstehen, statt. Es waren Angehörige der conservativen, der nationalliberalen Partei, der Reichspartei, des Centrums und

auch der Antisemiten versammelt, u. A. die Abgg. v. Kardorff, Frhr. v. Wangenheim-Pyritz, Reith, Graf Schwerin-Löwitz, Müller-Fulda, Dr. Paasche, Gabel.

— Der Kaiser hat, wie die „N. P. C.“ zu berichten weiss, durch Cabinets-Ordre bestimmt, dass bis auf Weiteres keine Fahnenjunker mehr bei der Feld-Artillerie angenommen werden dürfen. Nur bei ganz aussergewöhnlichen Verhältnissen kann in einzelnen Fällen durch Immediatgesuch die Einstellung eines Junkers beantragt werden. Begründet wird die Ordre dadurch, dass der Andrang zur Feld-Artillerie seit 1898 sich derart gesteigert hat, dass fast alle zu Officieren befördernden Artillerie-Fähnriche zwei Jahre warten müssen, bis sie in eine etatsmässige Stelle einrückten und Gehalt beziehen, während bei der Infanterie eine grosse Anzahl von Stellen frei ist.

— Die Thronrede, mit welcher König Eduard gestern das Englische Parlament wieder eröffnet hat, enthält nichts Neues und Interessantes. Was in ihr über den Krieg in Südafrika gesagt wird, haben wir schon seit Jahren bis zum Ueberdruß gehört und wird wohl noch öfter zum Ausdruck kommen. Von Bedeutung ist die taktvolle Form, mit welcher auch die leiseste Anspielung auf die Differenzen mit Deutschland vermieden und nur ganz im Allgemeinen von den „freundschaftlichsten Beziehungen zu allen Mächten“ gesprochen wurde. Das bestärkt uns in der Hoffnung, dass der durch das überhebliche Auftreten Chamberlains und der auf ihn eingeschworbenen Jingo-Presse hervorgerufene peinliche Zwischenfall seine Erledigung finden wird, ohne weitere Schwierigkeiten hervorzuheben, die für beide Interessenten gleich nachtheilig sein müssten. Zum Schluss kündigt die Thronrede noch einige Vorlagen an, von denen die Bill zur Erleichterung des Ankaufs und Verkaufs von Land in Irland zweifellos die grösste Beachtung verdient. Wenn sie wirklich vom Geiste der Versöhnung und der Billigkeit getragen und loyal ausgeführt wird, dürfte sie viel dazu beitragen, die bestehenden Gegensätze auszugleichen und die Unzufriedenheit in Irland zu beheben.

Bei der ersten Verhandlung im Unterhause kam es gleich zu einer erregten Debatte über die Wahl des früheren Burenführers Lynch. Die Angelegenheit soll in einer Commission vorberathen werden. Der Führer der Opposition Campbell Bannermann schnitt dann sofort die Frage des Südafrikanischen Krieges an und kündigte an, dass sie durch einen von liberaler Seite eingebrachten Unterantrag zur Adresse zur eingehenden Besprechung gebracht werden würde. Er bedingte sich dann über die Unzulässigkeit der von der Regierung bezüglich des Krieges gegebenen Aufklärungen und verlangte eingehende Mittheilungen über die Anwendung des Kriegsrechts. Es sei nicht im Interesse der gedeihlichen Entwicklung Südafrikas, wenn man überhütlich eine Politik der Gewalt und Eroberung fortsetze; die Hauptsache sei, die Buren wissen zu lassen, dass man zu einer Lösung gelangen müsse, die auf gegenseitiger Zustimmung und nicht auf Gewalt beruhe. Dies sei die Politik seiner Partei. Redner protestirte sodann gegen die Einführung von Zwangsmaassregeln in Irland. Balfour erwiderte, die Regierung habe keinerlei Nachrichten über den Krieg unterdrückt und die Haltung Campbell Bannermanns hinsichtlich des Krieges sei schwer zu verstehen. Die Regierung sei entschlossen, die Buren zu unterwerfen und ihr Land zu annektiren.

Auf eine Anfrage bezüglich der Zwischenfälle am Persischen Meerbusen erklärte der Unterstaatssecretär des Aussenordn. Lord Cranborne, die Politik Englands habe in dieser Frage keine Aenderung erfahren. Das Ziel dieser Politik sei der Einfluss Englands im Golf. Da England dort thatsächlich das Handelsmonopol besitze, so sei es in Folge eines Zwistes zwischen zwei Scheiks genöthigt gewesen, zur Aufrechterhaltung des status quo eine Flottenmacht dorthin zu entsenden.

Chamberlain wurde bei seinem Erscheinen im Hause mit andauerndem Beifall auf den ministeriellen Banken begrüsst.

Im Oberhause gab Spencer zunächst in warmen Worten seiner Anerkennung für die Haltung der Britischen Armee in Südafrika Ausdruck. In seiner Antwort gab Salisbury die bedeutungsvolle Erklärung ab, dass England nicht daran denken könne, die Initiative zur Eröffnung von Friedensverhandlungen zu ergreifen und seine Bedingungen bekannt zu geben. Das sei Sache der Buren. Der Krieg müsse in ehrenvoller Weise zu Ende geführt werden. Sollte nicht das Ansehen Englands in der ganzen Welt geschädigt werden, von „bedingter Ergöbnung“ der Buren könne keine Rede sein, die Englische Suprematie sei eine conditio sine qua non.

Auf diese Auslassungen Salisburys erwiderte Rosebery: Salisbury habe anmüthig Spencers Hauptfrage umgangen und einen Strohmann aufgestellt, gegen den er in erfrischendster Weise kämpfte. Der Krieg beschäftige alle Gedanken. Keine Regierung werde geneigt sein, die Grossmuth und den Irrthum von 1851 zu wiederholen. In seiner jüngsten Rede habe er sich für die Entgegennahme von Eröffnungen selbst von Seiten

der exilirten Burenregierung ausgesprochen und wünsche zu wissen, ob derartige Eröffnungen in jüngster Zeit gemacht worden seien. Lord Salisbury erwiderte, dies sei nicht der Fall, worauf Rosebery fortfährt, der Holländische Premierminister Kuyper sei zwei oder drei Tage in London gewesen, und es sei in den Zeitungen officiell berichtet worden, er habe keinen der Cabinetsminister gesehen, und gerade dies habe die Idee angeregt, dass er gekommen sei, um etwas derartiges auszurichten. Die vorige Regierung sei nicht allgemein beliebt gewesen in Europa, aber sie sei nicht allgemein verabscheut worden. Jetzt aber gebe es kein Land, wo der Britische Name nicht mit einer Feindseligkeit angesehen werde, für die es früher kein Beispiel gegeben habe. Dies sei ein sehr gefährlicher Zustand, eine Gefahr, die einige Minister zu befriedigen scheine, die aber allen Besorgnissen einflusslos nüsse, welche das Beste des Landes wünschlen. Für den Geist und die Worte von Chamberlains jüngster Rede über die Controverse, in die er sich eingelassen, habe er nichts als Lob, er glaube, es sei die richtige Antwort gewesen; er gestehe jedoch ein, dass er etwas besorgt sei über diese fortwährenden Controversen mit Deutschland und anderen Mächten, zu denen Chamberlains Dialectic so eigenenthümlich beitrage. Die Regierung müsse, falls sie in bisheriger Weise fortfahre, bereit sein, durch Tüchtigkeit ihrer Massregeln die „herrliche Vereinamung“ aufrecht zu erhalten, welche die Regierung aus befremdlichen Gründen für höchst erwünscht halte. Eine mächtige Flotte sei gut; aber andere Nationen bauten gleichfalls Flotten, und was den Zustand des Heeres betreffe, so sei eine enorme Streitmacht in Südafrika festgehalten, und die Massregeln der Regierung betreffend die Yeamony und die Freiwillingen flossen kein Vertrauen ein. Im Gegentheil; ihm erfüllten dieselben mit erster Sorge. Es würde anders sein, wenn England sich in gewöhnlichen Zeiten unter einer gewöhnlichen Regierung befände, die die auswärtigen Beziehungen in gewöhnlicher Weise pflegen würde.

Der Staatssecretär des Auswärtigen Lansdowne bespricht die China-Angelegenheit und sagt, sei der Vertagung des Parlaments habe ein Fortschritt in der von der Regierung gewünschten Richtung stattgefunden. Die Chinesische Regierung sei jetzt wieder in Peking; die Britischen Truppen in China, die vor einem Jahre noch 16 000 Mann gezählt hätten, seien heute nur noch 6 000 Mann stark, und man hoffe, weitere Verminderungen vornehmen zu können, aber ihr Umfang hänge sehr von der Lage des Landes und dem Vorgehen anderer Mächte in Bezug auf die Zurückziehung ihrer Truppen aus China ab. Er bedauere, führt der Redner fort, dass Rosebery erklärt habe, England werde allgemein in Europa verabscheut. Selbst wenn dies wahr wäre, so sei dies keine Erklärung, wie sie von einem Mann von dem Gewichte Lord Roseberys im Rathe der Nation proclamirt werden sollte. Es sei aber nicht wahr. England geniesse zwar sehr grosse, unbequeme Unpopularität auf dem Festlande infolge des Südafrikanischen Krieges; denn das Schauspiel, dass eine grosse Macht eine schwache Macht bedränge, erwecke stets Theilnahme für die letztere. Er könne aber nicht zugeben, dass Englands Stellung gegenüber den Grossmächten eine unbedrückende und unwürdige sei. Im Gegentheil; die Haltung des Landes während des Krieges und die Art, wie die Solidarität des Reiches dargehalten worden sei, hätten die Achtung und die Werthschätzung anderer Länder für England gesteigert. Was die militärische Stärke betreffe, so habe man in Südafrika die ganze Zeit über eine Streitmacht von über 200 000 Mann aufrechterhalten und augenblicklich gebe es kaum eine leere Caserne im Königreiche. Die Regierung besitze sich in ausreichender Weise mit dem grossen militärischen Problem. Das Hauptziel sei die Beendigung des Krieges, für das keine Anstrengung verabsäumt werde. Die Adresse wird hierauf angenommen und das Haus bis Montag vertagt.

— Sehr zur un rechten Zeit, in dem Augenblick, in welchem im Englischen Parlamente die rosigsten Schilderungen der militärischen Lage in Südafrika abgegeben wurden, tritt eine Meldung aus Mafeking ein, die wieder einmal davon Zeugnis ablegt, dass die überall geschlagenen und versprengten Buren trotz aller Blockhäuser Kraft und Mittel zu einer energischen und erfolgreichen Offensive finden. Nach dem erwähnten Telegramm machten Buren unter Kemp und Colliers in letzter Woche einen combinirten Vorstoss, indem sie die Bahnhöfe von Osten nach Westen überschritten. Ein Contingent traf in Willowdam, wenige Meilen westlich von Mafeking, ein und überraschte die dort stehende Englische Besatzung. Es folgte ein Gefecht, über dessen Ausgang sich der Bericht weidlich ausschweigt. Ein anderes Contingent zog bis fünf Meilen vor Janmarbasstadt, nahm daselbst Vieh weg und verbrannte die Wagen, die ihm in die Hände fielen. Andere Burenabtheilungen griffen die Be-